

SPIEGEL vom 3.12.2008

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,594100,00.html>

SPRACHENSTREIT

Schwan wirft CDU Anti-Einwanderer-Wahlkampf vor

Von Carsten Volkery, Severin Weiland und Merle Schmalenbach

Die CDU erntet heftige Kritik für ihren Beschluss, Deutsch als Landessprache ins Grundgesetz zu schreiben. Die SPD-Bundespräsidentschaftskandidatin Gesine Schwan spricht auf SPIEGEL ONLINE von einem "falschen Signal". CDU-Generalsekretär Pofalla nennt den Angriff eine "Unverschämtheit".

Berlin - Das hätte Kanzlerin Angela Merkel sich wohl gern erspart. Von allen Seiten wird der CDU-Parteitagbeschluss, Deutsch als Landessprache ins Grundgesetz zu schreiben, als überflüssig und spalterisch abgelehnt. Die jüngste Kritik kommt von SPD-Bundespräsidentschaftskandidatin Gesine Schwan. "Der CDU-Beschluss ist die Fortsetzung einer aversiven Politik gegen Einwanderer", sagte Schwan am Mittwoch SPIEGEL ONLINE. Er sei offensichtlich "als Auftakt zum Wahljahr geplant".

SPD-Kandidatin Schwan: Einwanderer zur Zweisprachigkeit ermutigen

Anders kann Schwan sich den Beschluss nicht erklären. Eine Notwendigkeit für eine solche Festlegung gebe es nicht. "Ich sehe jedenfalls nicht, dass wir kurz davor wären, ein dreisprachiges Land wie die Schweiz zu werden", sagte die Politikwissenschaftlerin mit beißender Ironie.

Natürlich sei es wichtig, dass alle Einwohner Deutsch könnten, sagte Schwan. Das werde aber auch von niemandem in Zweifel gezogen. Deutsch im Grundgesetz zu verankern, sende ein "falsches Signal". "Es vermittelt ein Bild von Deutschland, in dem das Deutsche alleinverbindlich ist und alles Andere sich in eine homogene Mehrheitsgesellschaft einpassen muss", sagte Schwan. In modernen Gesellschaften seien Identitäten jedoch vielschichtiger.

Die Herausfordererin von Bundespräsident Horst Köhler plädierte dafür, eine andere Botschaft zu senden. "Mein Akzent läge darauf, die Mehrsprachigkeit bei allen zu fördern", sagte sie. "Einwanderer sollten zur Zweisprachigkeit ermutigt werden." Allerdings müssten sie auch verbindlich Deutsch lernen. Dann hätte man ein "Riesenpotential, auch für künftige Wirtschaftsbeziehungen".

Mit scharfen Worten kritisierte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla auf SPIEGEL ONLINE die Äußerungen der SPD-Kandidatin: "Der Vorwurf von Frau Schwan ist eine Unverschämtheit. Deutschland ist Integrationsland, und dafür steht die CDU". Weiter erklärte er: "Ich hoffe, dass Frau Schwan spätestens nach dem 23. Mai der deutschen Politik wieder erspart bleibt."

Andere CDU-Politiker distanzieren sich von dem Parteitagsbeschluss. Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet hält ihn für überflüssig. "Natürlich ist die Sprache in Deutschland Deutsch", sagte Laschet dem WDR. Das müsse man aber nicht ins Grundgesetz schreiben. "Das ist eine Selbstverständlichkeit", sagte Laschet. Es sei inzwischen unbestritten, dass ohne Deutschkenntnisse niemand in Deutschland eine Chance habe.

In der CDU-Spitze herrscht Uneinigkeit über den Vorstoß, der am Dienstag auf dem Bundesparteitag in Stuttgart vom saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller initiiert wurde. Kanzlerin Merkel hatte am Dienstag gesagt, sie fände es "nicht gut, alles ins Grundgesetz zu schreiben". Sie sei gegen den Beschluss. Ihr Stellvertreter Christian Wulff hingegen sprach sich dafür aus. "Das Grundgesetz darf zwar nicht überfrachtet werden, aber bei der nächsten großen Grundgesetzreform gehört der Schutz der deutschen Sprache in die deutsche Verfassung", sagte der niedersächsische Ministerpräsident. Das sei in Zeiten der Globalisierung und Internationalisierung notwendig, um Sprachverirrungen wie Handy, Servicepoint oder Jobcenter zu vermeiden. Die deutsche Sprache müsse gegen Sprachpanscher verteidigt werden.

In allen anderen Parteien sorgte der Vorstoß hingegen für Kopfschütteln. "Viel wichtiger als Deutsch im Grundgesetz ist Deutsch an den Schulen", sagte FDP-Chef Guido Westerwelle dem "Hamburger Abendblatt". Bereits am Dienstag hatten führende Vertreter von SPD, CSU und Grünen ihre Ablehnung deutlich gemacht.